

Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der Bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

1. Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?

Die Linke fordert einen Aktionsplan „Essbares Frankfurt“, um über lokale gemeinschaftliche Lebensmittelerzeugung einen Beitrag zu Klimaschutz, Gesundheit und Ernährungsgerechtigkeit zu schaffen. Außerdem soll ein Programm nach Berliner Vorbild zur Unterstützung von Gemeinschaftsgärten – inklusive Bereitstellung geeigneter städtischer Flächen erstellt werden. Die Linke will die ökologische Landwirtschaft gezielt stärken und sogenannte „Food Hubs“ für die Lagerung, Verarbeitung und Verteilung lokaler und regional produzierter Lebensmittel fördern. Diese können auch als Bildungs- und Begegnungsort dienen.

2. Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?

Zunächst könnte die bisherige Verpflegung, wo vorhanden, umgestellt werden. Zudem könnte eine Kantine für Mitarbeiter*innen eingerichtet werden, in der saisonale und bioregionale vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden. Zudem soll bei internen Angeboten an die Mitarbeiter*innen, wie z.B. Obstversorgung auf Regionalität und Bioqualität geachtet werden.

3. Wird ihre Partei die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und die Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe unterstützen?

Eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere in Bereichen, die als wenig nachhaltig gelten, ist immer zu begrüßen und zu unterstützen. Wichtig ist hierbei eine nachhaltige und tiefgehende Änderung statt oberflächlicher Maßnahmen.

4. Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?

Das Foodtura muss aus linker Sicht niedrigschwelliger werden, um alle Frankfurter*innen anzusprechen und damit das Angebot breit aufgenommen wird. Weitere Projekte müssen auf dieser Basis evaluiert werden.

Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

1. Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuausschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?

Wir werden uns auf jeden Fall für Verbesserungen einsetzen, doch auch bereits im bestehenden System können Verbesserungen erzielt werden: So können die Rahmenbedingungen durch die Ausstattung der Schulen mit vollausgestatteten Schulküchen verbessert werden, die Laufzeiten der Verträge verkürzt um Qualität langfristig zu sichern und die Schulgemeinde mittels Gemeinschaftsprojekte wie Schüler*innen- und Elterndienste einzubeziehen, um das Engagement und die Zufriedenheit zu fördern.

2. Wie könnte für Sie ein niedrigschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?

Viele Schulen setzten schon Projekte zum Thema Nachhaltigkeit in ihren Schulgemeinschaften um und bieten damit viele Anknüpfungspunkte. So unterstützt der stadtnahe Verein Umweltlernen in Frankfurt e.V. schulen beispielsweise bei der Gestaltung von Schulhöfen bzw. Schulgärten. Hier könnte mit Hilfe des Vereins ein niederschwelliges Bildungsprojekt in Leben gerufen werden.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagsangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Zeit von 60 Minuten um zur Mittagspause eine ruhige Mahlzeit zu ermöglichen. In der Praxis wird diese Zeit jedoch oftmals weit unterschritten. Mit dem zukünftigen Ganztagesangebots muss die Mittagspause und die Einnahme der Mahlzeit einen höheren Stellenwert bekommen und sich an den Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?

In den Ausschreibungen für die Vergabe von Essensangeboten in Kitas sollte ein bio-Anteil von mindestens 30 Prozent, der sukzessive steigen soll, vorgegeben werden. Zudem sollen in Kitas die Bereitstellung von vegetarischen und veganen Angeboten vereinfacht werden und die Kitaessen kostenlos für alle bereitgestellt werden.

EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfallvermeidung

1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?

Eine Abgabe für Veranstalter*innen, wenn sie Einweggeschirr nutzen, ist ein Anfang. Zudem müssen öffentliche Strukturen aufgebaut werden, die die Nutzung von Mehrweg bei öffentlichen Veranstaltungen erleichtert und Anreize für Veranstalter*innen schafft.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturmkonzepte für die angestrebten Zero-Waste-Ziele zu sichern?

Die Linke möchte nachhaltige Projekte und Läden, wie Repair-Cafés, Tauschinitiativen und auch Unverpacktläden mit Förderung und durch mehr Sichtbarkeit unterstützen.

3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplastikverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?

Hier bräuchte es mehr Bewusstsein und behördliche Kontrollen. Des Weiteren wird aktuell ein Konzept für eine kommunale Verpackungssteuer erarbeitet. Die Linke fordert gerechten Wandel: Kleine Gastronomiebetriebe sollen bei der Umstellung auf Mehrweg unterstützt werden – durch Förderprogramme & praktische Hilfe.

4. Wie soll das Mehrwegsystem der FES Frankfurt weitergeführt werden?

Es wird nur möglich sein, wenn eine kritische Masse an Gastro-Partner:innen das System implementiert und dauerhaft nutzen will. Hierfür gilt es zu werben und das sollte unterstützt finden, z.B. durch die Wirtschaftsförderung. Eine Anpassung des Konzepts könnte nötig sein.

5. Sind ähnliche Initiativen zur Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?

Keine Angabe.

6. Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?

Die Stadt Frankfurt sollte eine Diskussion über die Einwegplastikverordnung und Mehrwegpflicht und deren Kontrollen auf Ebene des Städtetags initiieren, immerhin ist das Müllproblem für die meisten großen Städte eine der großen Prioritäten.

Lebensmittelverschwendung

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendung in der Außerhausverpflegung zu erfassen und zu reduzieren?

Die Erfassung von Lebensmittelabfällen mit dem Ziel der Reduktion sollte zum Standardprozess werden. Die Erkenntnisse der Kompetenzstelle Außer-Haus-Verpflegung sollten gezielt in Ausschreibungen für Gemeinschaftsverpflegungsangebote integriert werden.

2. Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmittelabfällen in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) einführen?

Ja. Ein Monitoring ist für die Reduktion von Abfällen hilfreich.

3. Ab wann würden Sie dieses einführen?

Wir werden hier keine unhaltbaren Aussagen machen. Das wird im Gespräch mit den Einrichtungen und je nach Situation (Selbstbetrieb, Dienstleister, Ausschreibungsumfang, etwaige Personalkapazitäten etc.) zu prüfen und umzusetzen sein.

4. Planen Sie Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen strukturell zu unterstützen oder auszubauen?

Ja, in Frankfurt gibt es einige Initiativen, die Die Linke schon jetzt aktiv unterstützt oder mit denen zusammengearbeitet wird. Zu nennen sind hier z.B. die ada Kantine oder „Food that’s left“.

5. Wie sehen diese Kooperationen aus?

Eine zentrale Forderung der Linken sind sogenannte Stadtteilküchen, in denen alle kostengünstig lokale und bio Gerichte essen können. Mit diesen Küchen kann auch durch Kooperation mit Lebensmittelrettungsinitiativen Lebensmittelverschwendung reduziert werden.

6. Welche quantitativen Reduktionsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus Verpflegung bis 2030?

So viel wie möglich.

7. Wie soll die Zielerreichung überprüft werden?

Im Idealfall durch das vorher etablierte Monitoring, welches laufend Maßnahmen zur Reduktion evaluiert und anpasst.

8. Wie kann das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung in der Außerhausverpflegung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und finanziell abgesichert?

Die Zero-Waste Strategie der Stadt Frankfurt muss in der Haushaltsplanung eine höhere Priorität bekommen.

Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie.

1. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?

Die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Dezernaten und Ämtern im Thema nachhaltige Ernährung wird eine große Aufgabe der nächsten Koalition, wie spätestens die Stellungnahme des Dezernats zum Milan Urban Food Pact gezeigt hat:

https://www.stvv.frankfurt.de/download/F_3467_2025.pdf

2. Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema "Nachhaltige Ernährung" in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?

Ja!

Maßnahmen zur Erhaltung von fruchtbaren Böden und zur Förderung ökologisch bewirtschafteter (städtischer) Landwirtschaftsflächen

1. Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagasspeicher und Biodiversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?

Bei allen Bau- und Infrastrukturprojekten müssen die nachhaltigen Folgen für Klima und Ressourcen zwingend geprüft werden, etwaige Zielkonflikte gewissenhaft abgewogen werden.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?

Die Linke fordert gezielte Verpachtung stadteigener Flächen unter Auflagen, die den Ökolandbau fördern.

3. Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder unmittelbaren Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?

Ja!

4. Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?

In Ausschreibungen für schon genannte Projekte (Kita- und Schulessen oder stadteigenen Versorgung) können verpflichtende Auflagen der Bioregionalität mit aufgenommen werden. Die Linke setzt sich für eine Verbreitung ökologischer Lebensmittel ein.

Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

1. Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger:innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?

Für diese wichtige Aufgabe möchte Die Linke ein städtisches Programm zur Vermarktungsförderung bioregionaler Lebensmittel auflegen. Die Umsetzung könnte bei der Koordinierungsstelle Fairtrade, ergänzt mit dem Thema Nachhaltige Ernährung, liegen, die von einer Steuerungsgruppe aus Stakeholdern unterstützt werden könnte.

2. Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger:innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

Eine Anpassung der Standgebühren oder andere Förderungen wären mögliche Ideen, konkrete Konzepte haben wir hierzu noch nicht entwickelt.

Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt.

1. Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?

Die Linke unterstützt das House of Food, steht aber für eine Weiterentwicklung zu einem sogenannten „Food Hub“ für die solidarische Lagerung, Weiterverarbeitung und Verteilung lokal und regional produzierter Lebensmittel. Dieses muss auch als Bildungs- und Begegnungsort dienen.

2. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?

Mit finanziellen Ressourcen, aber auch durch Kooperation, Vernetzung und Zusammenarbeit.

Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt.

1. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. „Lebensmittelpunkte“ mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern?

Die Linke fordert Stadtteilküchen in jedem Stadtteil! Wir setzen uns ein für die Einrichtung öffentlicher kommunaler Kantinen, in denen gesundes und nachhaltiges Essen zu günstigen Preisen angeboten wird. Wir setzen uns hier für kommunale Verantwortlichkeit ein und könnten uns Piloten unterschiedlicher Ausprägung, je nach lokaler Unterstützungssituation und Gegebenheit, vorstellen.